

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung

Heß, Richard Telefon: 07071-204-2300

Gesch. Z.: 3/031-01/

Vorlage

508a/2016

Datum

21.11.2016

Berichtsvorlagezur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Arbeitsaufwand und Personalbedarf im Ausländeramt****Bezug:** Vorlage 508/2016**Anlagen:** 1 Ausländische Bevölkerung-20161122

Zusammenfassung:

Der Ausländeranteil ist in den letzten Jahren um über 20 % gestiegen. Diese Steigerung kann mit dem vorhandenen Personal im Ausländeramt nicht mehr bewältigt werden. Nach KGSt müssten ca. 2 Stellen mehr vorgehalten werden. Die Verwaltung hat reagiert und zwischen zeitlich zwei Aushilfsstellen zur Verfügung gestellt, die beide zunächst befristet bis zum 31.12.2017 ausgeschrieben wurden. Die Verwaltung beobachtet die weitere Entwicklung und beabsichtigt aus heutiger Sicht eine Stelle unbefristet weiterzuführen. Damit stünden statt derzeit sechs Sachbearbeiterinnen künftig sieben dauerhaft zu Verfügung.

Ziel:

Information über den Arbeitsaufwand und die personelle Situation im Ausländeramt.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Linke-Fraktion hat mit der Vorlage 508/2016 die Verwaltung aufgefordert, den Arbeitsaufwand der Fachabteilung Bürgeramt/Ausländeramt und Standesamt zu erläutern und notwendige Personalstellen zu benennen, damit der Gemeinderat die Gelegenheit hat, über einen möglichen Stellenaufbau zu beraten.

2. Sachstand

Die Mehrbelastung durch die Zunahme der ausländischen Personen generell und der geflüchteten Menschen im Besonderen führte zunehmend zu einer Mehrbelastung, die mit vorhandenem Personal nicht mehr aufgefangen werden konnte. Insgesamt ist eine Erhöhung der Ausländerzahlen seit den letzten Jahren um ca. 20 % festzustellen (siehe beiliegende Statistik-Anlage). Zudem sind die Fallbearbeitungen bei geflüchteten Menschen weit aufwändiger und produzieren einen zeitintensiven Abstimmungsbedarf mit anderen Behörden in Bezug auf Unterlagen und persönliche Daten.

3. Vorgehen der Verwaltung

Bereits im November 2015 wurde mit einer Stundenerhöhung bei einer Rückkehrerin aus der Elternzeit reagiert, um ersten Mehrbelastungen zu begegnen. Gleichzeitig wurde mit flankierenden Maßnahmen, u.a. die Reduzierung der Öffnungszeiten, die Hintergrundarbeit außerhalb des Publikumsverkehrs gestärkt. Im Frühjahr 2016 wurden dann zwei Aushilfsstellen befristet bis 31.12.2017 zur Verfügung gestellt und auch zur Besetzung ausgeschrieben. Leider konnte zunächst nur eine Aushilfsstelle besetzt werden, weil befristete Stellen in diesem Bereich nur wenig attraktiv sind und das Bewerberfeld dementsprechend mager ausfiel.

In der erneuten Ausschreibung wurde deshalb die Befristung auf zwei Jahre erhöht und mit dem Zusatz „zunächst befristet“ auch eine Perspektive signalisiert. Ab dem 01.12.2016 konnte deshalb eine weitere Mitarbeiterin für das Team Ausländeramt gewonnen werden. Begleitend hierzu wurden Auszubildende im zweiten Lehrjahr zur Verstärkung und Zuarbeit ins Ausländeramt abgeordnet. Ab Dezember wird zudem eine weitere Person, die ihre Ausbildung im Februar abschließt, zuarbeiten. Problematisch hierbei ist, dass mehr Personal nicht nur entlastet, sondern auch eingewiesen und begleitet werden muss. Damit ist jetzt ein Stand erreicht, der vom Team aufgenommen werden kann, aber auch mehr nicht verträglich wäre.

Begleitend hat die Verwaltung einen weiteren Arbeitsplatz eingerichtet und damit auf sieben erhöht sowie zwei weitere Hintergrundarbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Im Standesamt und im Bürgerbüro Stadtmitte schlagen die Mehrbelastungen nunmehr auch auf; es ist eine starke Erhöhung der Geburtenrate festzustellen und auch die melderechtlichen Auswirkungen führen zu einem erheblichen Mehraufwand. Die Verwaltung hat deshalb weitere Aushilfsstellen im Standesamt (0,5 AK) und im Bürgeramt (1,0 AK) ebenfalls zunächst befristet für zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Nach derzeitiger Einschätzung wird es sich aber nicht um ein vorübergehendes Phänomen handeln, sondern eine nachhaltige Be-

lastung darstellen. Dementsprechend wird die Verwaltung ggf. im Stellenplan diese Aushilfsstellen (teilweise) aufnehmen.

4. Lösungsvarianten

Die Verwaltung sieht keine Alternativen. Die Überlastung in den genannten Bereichen ist signifikant und der stetig sehr hohe Publikumsverkehr führt zu einer belastenden Situation bei den Beschäftigten. Derzeit prüft die Verwaltung, inwieweit eine Umstellung auf ein Terminsystem insbesondere im Ausländerbereich eine Entlastung bringen kann. Die technischen Voraussetzungen werden mit einem neuen Aufrufsystem derzeit geschaffen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Personalausgaben 2016 wurden aus der Deckungsreserve Flüchtlinge entnommen. Im Jahr 2017 werden die Personalausgaben im Unterabschnitt 4360 Betreuung und Anschlussunterbringung von Flüchtlingen abgewickelt. In diesem Unterabschnitt wurden die zusätzlichen Mittel des Landes für die Förderung der Integration mit der Änderungsliste veranschlagt.